

J a h r e s b e r i c h t

2002

SUK·CUS

Schweizerische Universitätskonferenz
Conférence universitaire suisse
Conferenza universitaria svizzera

Schweizerische Universitätskonferenz

Präsident 2001–2002:

Dr. Charles Kleiber

Staatssekretär

Generalsekretär:

Dr. Nivardo Ischi

Sennweg 2, 3012 Bern

Telefon 031 306 60 60, Fax 031 302 17 92

e-mail cus@cus.ch, www.cus.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5	3 Arbeitsgruppen	27
1 Hauptthemen des Jahres	7	3.1 Kosten des Medizinstudiums in der Schweiz	27
1.1 Mehrjahresplan und Finanzbedarf 2004–2007	7	3.2 Hochschulfinanzierung	29
1.2 Botschaft Bildung, Forschung und Technologie 2004–2007	7	3.3 Einführung von Bildungs- indikatoren	29
1.3 Hochschulartikel in der Bundes- verfassung	8	3.4 Strategie für den Technologietransfer	30
1.4 Innovations- und Kooperationsprojekte	9	4 Öffentlichkeitsarbeit	31
1.5 Akkreditierung und beitragsrechtliche Anerkennung	9	4.1 Publikationen	31
1.6 Umsetzung der Erklärung von Bologna	10	4.2 Medieninformationsveranstaltung «Investieren wir genug in den Denkplatz Schweiz? Bildung, Forschung, Techno- logie: Tour d’horizon und Perspektiven»	31
1.7 OECD-Länderexamen Schweiz	10	5 Finanzen	33
1.8 Zukunft der medizinischen Fakultäten	11	5.1 Jahresrechnung 2002	33
1.9 Zusammenarbeit mit der Rektoren- konferenz der Schweizer Universitäten	11	5.2 Bilanz per 31. Dezember 2002	35
1.10 Zusammenarbeit mit dem Fachhoch- schulrat der EDK	13	5.3 Budget 2003	36
1.11 Wahlen	13	6 Mitglieder der SUK, ihrer Lenkungs- ausschüsse und Kommissionen sowie des Generalsekretariats	39
1.12 Verschiedenes	13	ANHANG	
2 Tätigkeitsbericht der Lenkungsaus- schüsse und Kommissionen	15	Projektgebundene Beiträge: Gesamtübersicht Finanzen, Stand 27. Januar 2003	45
2.1 Konferenz der Dienstchefs Hochschulwesen	15		
2.2 Lenkungsausschuss und Kommission Virtueller Campus Schweiz	15		
2.3 Lenkungsausschuss Chancengleichheit	18		
2.4 Lenkungsausschuss Kostenrechnung	20		
2.5 Lenkungsausschuss Konsortium der Hochschulbibliotheken	22		
2.6 Fachstelle für Hochschulbauten	24		

Die Arbeiten der Schweizerischen Universitätskonferenz erfolgten im Berichtsjahr auf dem Hintergrund einer weiteren Zunahme der Anzahl Studierender, die erfreulicherweise mit einer Zunahme der finanziellen Mittel zugunsten der universitären Hochschulen bis zu einem gewissen Grad aufgefangen werden konnte.

Im Jahr 2002 waren an den universitären Hochschulen insgesamt 99'569 Studierende immatrikuliert; das sind rund 2'900 Studierende mehr als im Vorjahr. Dies entspricht einer Zunahme von + 3%. Nach mehreren Jahren der Stagnation erhielten die Universitätskantone im selben Jahr gesamthaft erstmals einen höheren Bundesbeitrag ausbezahlt. Dank der Motion Plattner/Eymann konnten die Grundbeiträge nach UFG um 30.1 Millionen Franken, d.h. um 8.1% auf insgesamt 401.4 Millionen Franken für die kantonalen Universitäten erhöht werden. Damit konnte jedoch der allgemein anerkannte Nachholbedarf, beispielsweise in den Geistes- und Sozialwissenschaften, nicht abgedeckt werden.

Im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) erreichten die Jahresbeiträge pro Student zum ersten Mal ihre maximale Höhe von Fr. 23'000.– für die Naturwissenschaften und Fr. 46'000.– für die Medizin ab. 3. Studienjahr. Insgesamt wurden den Universitätskantonen über die IUV 375.4 Millionen Franken zugeführt, d.h. 30.1 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Dies

entspricht einer Zunahme von 8.7%. Aber auch die Universitätskantone als Träger ihrer Universität und der Bund als Träger der ETH haben ihren eigenen universitären Hochschulen mit dem Budget 2002 im Vergleich zur Rechnung des Vorjahres insgesamt 1.4% mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Mit der Botschaft vom 29. November 2002 stuft der Bundesrat Bildung, Forschung und Technologie als prioritäre Politikbereiche ein. Ihnen sollen während der Beitragsperiode 2004–2007 überdurchschnittlich erhöhte Mittel (+ 6% pro Jahr) zur Verfügung gestellt werden. Das geplante finanzielle Engagement des Bundes soll die Erneuerung der Lehre ermöglichen, die Forschung stärken, die Innovation fördern und die nationale und internationale Zusammenarbeit unterstützen. Die Finanzlage des Bundes hat den Bundesrat allerdings bewogen, insgesamt gut 1 Wachstumsprozent vorsorglich einer Kredit Sperre zu unterwerfen. Die SUK wies darauf hin, dass eine Realisierung dieser Kürzungen die Erreichung der anvisierten Ziele in Frage stellen würde. Das Parlament hat die Beratung der Botschaft Anfangs 2003 aufgenommen.

Neben den Diskussionen und Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Botschaft standen für die SUK im Berichtsjahr folgende Schwerpunkte im Zentrum:

- die Verabschiedung des Vernehmlassungsentwurfs der Richtlinien für die koordinierte Erneuerung der Lehre an den universitären Hochschulen der Schweiz im Rahmen des Bologna-Prozesses
- die Ausarbeitung, Genehmigung und Inkraftsetzung der Richtlinien für die Akkreditierung im universitären Hochschulbereich in der Schweiz
- das OECD-Länderexamen der Tertiärbildung in der Schweiz
- die offenen Fragen im Hinblick auf die Zukunft der medizinischen Fakultäten

Der vorliegende Jahresbericht nimmt diese Themen auf.

Erwähnt sei auch die Fortführung der mit projektgebundenen Beiträgen unterstützten Programme und Projekte. In diesem Rahmen wurden rund 54 Millionen Franken an die kantonalen Universitäten ausbezahlt; das sind knapp 14 Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Der Anhang präsentiert die Zahlen im Einzelnen.

Im Berichtsjahr haben erneut verschiedene Organe, Institutionen und Amtsstellen des Bundes und der Kantone die Arbeiten der SUK tatkräftig unterstützt. Hervorzuheben ist die durch offizielle Aufgabendelegation institutionalisierte Zusammenarbeit mit der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten. Allen betroffenen Personen danken wir herzlich. Unser Dank gilt im Besonderen auch Frau

alt Bundesrätin Ruth Dreifuss für ihr grosses Engagement zugunsten der Universitäten in ihrer zu Ende gegangenen Amtszeit als Vorsteherin des EDI.

SCHWEIZERISCHE UNIVERSITÄTSKONFERENZ
Der Generalsekretär

Dr. Nivardo Ischi

1 Hauptthemen des Jahres

1.1 Mehrjahresplan und Finanzbedarf 2004–2007

Der Mehrjahresplan für die Periode 2004–2007 wurde erstmals von der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) im Auftrag der SUK ausgearbeitet. Er lag der SUK für ihre erste Sitzung des Jahres 2002 in Form der beiden Berichte «Renforcement de la formation universitaire» und «Etat 2002 des planifications des universités» vor. Die SUK nahm die Berichte zur Kenntnis und leitete sie an den Bundesrat weiter. Sie bestätigte dabei die folgenden Prioritäten für die Beitragsperiode 2004–2007:

- Verbesserung der Betreuungsverhältnisse
- Förderung der neuen Technologien in der Lehre
- Umsetzung der Bologna-Deklaration
- Förderung der Mobilität
- Nachwuchsförderung
- Zusammenarbeit der Universitäten

Als Finanzbedarf 2004–2007 beantragte die SUK beim Bund Beiträge nach UFG in folgender Höhe:

Grundbeiträge:

2004	512 Mio Fr.
2005	578 Mio Fr.
2006	647 Mio Fr.
2007	719 Mio Fr.
Total	2'456 Mio Fr.

Investitionsbeiträge:

2004–2007 400 Mio Fr.

Projektgebundene Beiträge:

2004–2007 200 Mio Fr. (Minimum)

Dies ergibt insgesamt und ohne Berücksichtigung der Teuerung einen minimalen Finanzbedarf von 3'056 Millionen Franken für die Beitragsperiode 2004–2007.

Die SUK empfahl den Universitätskantonen, im Falle einer Erhöhung der Bundesbeiträge für die Universitätsförderung ihr eigenes Budget für die Universität nicht zu kürzen.

1.2 Botschaft Bildung, Forschung und Technologie 2004–2007

Im Laufe des Jahres 2002 wurde im EDI und im EVD die Botschaft BFT 2004–2007 ausgearbeitet. Im September lag die Version für die Ämterkonsultation vor, zu der die SUK mit Datum vom 4. Oktober Stellung nahm. Die Stellungnahme wies insbesondere auf den vorgesehenen inakzeptablen Abbau beim zentralen Instrument der Universitätsförderung, den Grundbeiträgen, hin. Auch wurde die wachsende Diskrepanz zwischen den von den kantonalen Universitäten geforderten Leistungen und

den verfügbaren Mitteln kritisiert. Die SUK forderte eine Erhöhung der Grundbeiträge im Minimum um jährlich 6%, ausgehend von den Grundbeiträgen für das Jahr 2003, und einen im Verhältnis zu den bereitgestellten Mitteln realistischen Leistungsauftrag.

Der ersten dieser Forderungen kam der Bundesrat in der im November verabschiedeten definitiven Version der Botschaft nach. Er sieht Grundbeiträge in der Höhe von total 2'310 Millionen Franken vor. Der Verpflichtungskredit für Investitionsbeiträge wurde auf 290 Millionen Franken festgelegt, der Verpflichtungskredit für projektgebundene Beiträge auf 186 Millionen Franken.

Allerdings wurde gut 1% der Wachstumsrate des gesamten BFT-Bereiches (= 480 Millionen Franken) einer Kreditsperre unterworfen, deren Anwendung jährlich aufgrund der Finanzlage des Bundes beschlossen oder aufgehoben wird. Geht man von der Anwendung der Kreditsperre aus, so hält die SUK die Umsetzung des in der Botschaft geforderten ambitionösen Programms nach wie vor für unrealistisch. Gewisse Abstriche würden unumgänglich. Insbesondere wird nun von Bedeutung sein, in welchen Bereichen die Kürzungen vorgenommen werden.

1.3 Hochschulartikel in der Bundesverfassung

Eine 1999 eingereichte Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats beauftragte den Bundesrat mit der Ausarbeitung eines Verfassungsartikels über die Hochschulbildung. Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, die den Auftrag zur Erstellung eines Entwurfs erhielt. Die im Jahr 2001 durchgeführte Vernehmlassung führte zum Ergebnis, dass der vorgelegte Entwurf eines Hochschulartikels nicht mehrheitsfähig war. Daraufhin wurde beschlossen, zuerst die Frage des Rahmengesetzes für 2008 anzugehen und erst anschliessend zu entscheiden, ob ein Hochschulartikel in der Verfassung überhaupt notwendig sei. Die EDK schlug die Ausarbeitung eines Masterplanes für die Bereiche Berufsbildung, Fachhochschulen und Universitäten vor, um eine Anpassung der Zielsetzungen an die verfügbaren Mittel der Jahre 2004–2007 vorzunehmen.

Ende Jahr legten Bundesrätin Dreifuss und Bundesrat Couchepin das weitere Vorgehen fest. Demnach sollen SUK und Fachhochschulrat gemeinsam für die Vorbereitung der politischen Diskussion verantwortlich zeichnen, während eine politische Steuerungsgruppe, bestehend aus der Vorsteherin des EDI, dem Vorsteher des EVD und dem Vorstand der EDK, die Funktion der Projektoberleitung wahrnimmt und die politischen Entscheide fällt.

1.4 Innovations- und Kooperationsprojekte

Bis Ende 2002 war die Unterstützung der folgenden sechzehn Innovations- und Kooperationsprojekte mit projektgebundenen Beiträgen beschlossen worden:

Festival «Science et Cité»
Einführung der Kostenrechnung an den universitären Institutionen
Konsortium der Hochschulbibliotheken
Zentrum für Pharmazeutische Wissenschaften
Renforcement du réseau BENEFRI
VETSUISSE
Science, Vie, Société (Arc lémanique)
Transregio-Sonderforschungsbereich Konstanz-Zürich
ELTEM: EUCOR Learning and Teaching Mobility
Laboratoire européen associé dans le domaine de la microtechnique (LEA)
Collaborazione dell'USI con le università lombarde
Graduiertenkollegien Gender Netzwerk Schweiz
Heart Remodeling in Health and Disease
Netzwerk Public Health
Gesundheitsökonomie
Einführung von Bildungsindikatoren

Die letzten fünf dieser Projekte liefen erst im Berichtsjahr an, während der Start des Projekts «Transregio-Sonderforschungsbereich Konstanz-Zürich» auf Mitte 2003 verschoben wurde. Die übrigen lieferten im Frühjahr dem BBW ein Reporting ab, das über die Verwendung der Bundesbeiträge im Vor-

jahr Rechenschaft abzulegen hatte. Durch die Verzögerungen beim Anlaufen der Projekte (späte Beschlussfassung, Personalsuche) wurde das Budget 2001 in keinem Fall vollständig aufgebraucht. Die verbliebenen Mittel werden in den späteren Projektphasen eingesetzt.

Im Rahmen des Konsortiums der Hochschulbibliotheken wurden im Jahr 2002 zusätzliche Fr. 1'400'000.– für eine Konzeptstudie und ein Pilotprojekt «E-Archivierung» freigegeben. Überdies gingen Fr. 100'000.– an eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Einführung von Bildungsindikatoren in der Schweiz. Damit waren Ende 2002 total Fr. 72'230'200.– projektgebundene Beiträge für Innovations- und Kooperationsprojekte verfügt (Details siehe Anhang).

1.5 Akkreditierung und beitragsrechtliche Anerkennung

Das Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung (OAQ) widmete sich im Berichtsjahr der Ausarbeitung eines Akkreditierungsverfahrens für die universitären Hochschulen der Schweiz und des Entwurfs entsprechender Richtlinien, die von der SUK zu genehmigen waren. Im Laufe dieses Prozesses erwiesen sich verschiedene Punkte als problematisch, und die Bereinigung der Richtlinien nahm unvorhergesehen viel Zeit in Anspruch. So wurden sowohl zur Frage, wer die Kompetenz zur Einreichung eines Akkreditierungsgesuches haben soll,

als auch zu den einzelnen Akkreditierungskriterien in der SUK zahlreiche Diskussionen geführt.

Das Ergebnis, wie es am 5. Dezember vorlag, befriedigte die Mitglieder der SUK weitgehend, wenn auch noch nicht vollumfänglich. Um dem OAQ die Aufnahme seiner eigentlichen Arbeit zu ermöglichen, sprach sich die SUK dennoch für eine befristete Genehmigung der Akkreditierungsrichtlinien aus und setzte sie auf den 1. Januar 2003 für ein Jahr in Kraft. Ebenfalls genehmigt wurde die Gebührenordnung für Leistungen des OAQ im Auftrag Dritter; auf dieser Grundlage werden die Kosten für die Akkreditierung einer privaten Institution berechnet. Mitte Dezember lagen ausserdem die vom EDI nach Konsultation der SUK erlassenen Richtlinien zum beitragsrechtlichen Anerkennungsverfahren nach dem Universitätsförderungsgesetz vor.

Gleichzeitig genehmigte die SUK einen ersten Teil des Arbeitsprogrammes 2003 für das OAQ. Es umfasst zunächst zwei Qualitätsprüfungen für die beitragsrechtliche Anerkennung durch den Bund. Auch soll im Jahr 2003 mit den summarischen Verfahren zur Überprüfung der Beitragsberechtigung bereits anerkannter universitärer Institutionen begonnen werden. Ein ergänzender Teil des Arbeitsprogramms soll nach Ablauf der Frist für die Einreichung weiterer Akkreditierungsgesuche folgen.

1.6 Umsetzung der Erklärung von Bologna

In Zusammenarbeit mit der Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH) erarbeitete die CRUS den Entwurf von Richtlinien für die Umsetzung der Erklärung von Bologna. Eine Aussprache der SUK, des Fachhochschulrates, der CRUS und der KFH über diesen Entwurf war für den 4. April geplant, konnte aber aufgrund einer Protestaktion von Studierenden nicht durchgeführt werden.

Nach weiteren Gesprächen der verschiedenen Interessengruppen im kleineren Kreis fand die Aussprache unter Beteiligung der inzwischen gegründeten Konferenz der pädagogischen Hochschulen der Schweiz schliesslich am 24. Oktober statt und führte zu einer leichten Modifikation des Entwurfs. Der neue Text wurde von der SUK am 5. Dezember gutgeheissen und noch vor Weihnachten in eine breite Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassungsfrist beträgt drei Monate. Die Genehmigung der Richtlinien durch die SUK ist spätestens für den Herbst 2003 vorgesehen.

1.7 OECD-Länderexamen Schweiz

Im November 2001 hatten im Rahmen des laufenden OECD-Examens der tertiären Bildung in der Schweiz fünf Experten der OECD unser Land besucht. Sie arbeiteten anschliessend ihren Bericht

aus, der gemeinsam mit dem «Länderbericht»¹ der Schweizer Behörden die Basis für eine Aussprache vor dem «Comité de l'éducation» der OECD darstellte. Dieses Gespräch fand im Oktober des Berichtsjahres in Paris statt. Die Schweizer Delegation, der auch Mitglieder der SUK und des Generalsekretariats angehörten, wurde von Bundesrätin Ruth Dreifuss geleitet.

Die Experten kamen grundsätzlich zu einer positiven Einschätzung des Tertiärbildungssystems in der Schweiz, wiesen aber auf einen gewissen Nachholbedarf hin, vor allem was die Chancengleichheit, den Hochschulzugang und das lebenslange Lernen betrifft. Die Beobachtungen und Empfehlungen der OECD, die im Frühjahr 2003 publiziert werden sollen, werden nun von den betroffenen Kreisen in der Schweiz studiert, um allfällige Konsequenzen daraus zu ziehen. Einige Empfehlungen werden bereits in der Botschaft BFT 2004–2007 berücksichtigt. Die Schweiz wird innerhalb einer Frist von rund zwei Jahren einen Folgebericht ausarbeiten, der die getroffenen Massnahmen und eingeleiteten Entwicklungen präsentiert.

1.8 Zukunft der medizinischen Fakultäten

Der zweite Teil der SUK-Jahrestagung 2002 stand unter dem Thema «Die Ärzteausbildung im Jahr 2010». Angesichts der überdurchschnittlichen Be-

lastung der Universitätsbudgets durch die Medizinischen Fakultäten und angesichts der Schwierigkeiten, die sich aus der Verflechtung von Universität und Spital ergeben, wurden verschiedene Modelle einer anderen institutionellen Struktur der Ärzteausbildung vorgestellt. Als Möglichkeiten standen neben dem Aufbau universitätsunabhängiger Medical Schools auch die Fusion der medizinischen Fakultäten mit dem zugehörigen Universitätsspital (holländisches Modell der «University Medical Centers») oder die Errichtung einer einzigen gesamtschweizerischen Medizinischen Fakultät zur Diskussion. Die Problematik wird weiterverfolgt; dies auch im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des neuen Medizinalberufegesetzes, dessen Entwurf im Jahr 2003 vom Bundesrat verabschiedet werden sollte.

1.9 Zusammenarbeit mit der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten

Wie in Art. 2 Abs. 2 und Art. 16. Abs. 1 der Zusammenarbeitsvereinbarung festgelegt, arbeiteten die SUK und CRUS sowie deren Generalsekretariate im Berichtsjahr eng zusammen. Im Folgenden wird Bericht erstattet über jene an die CRUS delegierten Aufgaben, die im Jahr 2002 zur Beschlussfassung oder Diskussion vor die SUK gelangten und die oben noch nicht erwähnt wurden.

¹ www.edk.ch/oecd-tert-ch/

Nachwuchsförderungsprogramm

Auf Antrag der CRUS hiess die SUK den Stellenantrag 2002/2003 im Nachwuchsförderungsprogramm gut. Die Verteilung der Stellen (inkl. Reservestellen) und Mittel auf die Universitäten geht aus folgender Tabelle hervor:

Universität	Nachwuchsstellen	Verfügbare Mittel in Fr.
Basel	18	1'564'695.-
Bern	25	2'255'817.-
Freiburg	19	1'738'602.-
Genf	29	2'620'320.-
Lausanne	29	1'872'310.-
Neuenburg	7	671'719.-
St. Gallen	15	856'951.-
Zürich	34	3'520'183.-
Luzern	1	60'000.-
USI	2	121'191.-
IUHEI	2	118'212.-
Total	181	15'400'000.-

Ende 2002 waren gut 76% der Stellen besetzt, nämlich 40 Assistenzprofessuren und 98 Oberassistenten. Die verfügbaren Mittel werden aber dennoch ausgenutzt, da es sich bei den unbesetzten Stellen um Reservestellen handelt, die nur ausgeschrieben werden können, wenn ein anderer Stelleninhaber ausscheidet. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber

betrug 52% in Vollzeitäquivalenten. Dies ist der höchste bisher je erreichte Frauenanteil im Nachwuchsförderungsprogramm.

Zulassungsverfahren Medizin

Die CRUS informierte die SUK, dass die Zahl der Anmeldungen zum Studium der Human- und Veterinärmedizin an den Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich am 15. Februar 2002 den unter Berücksichtigung der verfügbaren Studienplätze festgesetzten Grenzwert überschritt. Daraufhin empfahl die SUK erneut die Durchführung eines Eignungstests, der am 5. Juli 2002 an sieben Testorten in deutscher, französischer oder italienischer Sprache stattfand. Von den 1'334 Bewerberinnen und Bewerbern für diese beiden Studienrichtungen hatten bis zum Testtermin 361 ihre Anmeldung zurückgezogen. 973 Personen absolvierten den Eignungstest; 43 weitere Personen bewarben sich mit dem Testergebnis des Vorjahres um einen Studienplatz. Von diesen insgesamt 1'016 Personen nahmen 815 im Herbst 2002 das Medizinstudium auf (638 Humanmedizin, 177 Veterinärmedizin). Die Testwerte dienten überdies als Grundlage für die zur Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten notwendige Umleitung von 75 Studienanwärterinnen und Studienanwärtern an eine andere als ihre Wunschuniversität.

Weitere 344 Personen begannen das Studium der Humanmedizin an einer Universität ohne Numerus clausus (Lausanne, Genf, Neuenburg). 139 nahmen

das Studium der Zahnmedizin auf, wofür infolge ausreichender Kapazitäten kein Eignungstest notwendig war.

Die SUK nahm überdies die Anfängerkapazitäten der medizinischen Studiengänge für das akademische Jahr 2003/04 zustimmend zur Kenntnis und bestimmte den Grenzwert für die Durchführung des Eignungstests 2003 (unverändert: Kapazitäten plus 20%).

Gegen Ende des Jahres brachte das Zentrum für Testentwicklung und Diagnostik der Universität Freiburg den Bericht über den Eignungstest 2002 heraus.

1.10 Zusammenarbeit mit dem Fachhochschulrat der EDK

Die SUK und der Fachhochschulrat trafen sich im Berichtsjahr zu einer gemeinsamen Sitzung am 24. Oktober. Sie war der Umsetzung der Bologna-Deklaration in der Schweiz gewidmet (siehe Kap. 1.6).

1.11 Wahlen

Am 5. Dezember wählte die SUK Frau Staatsrätin Martine Brunshawig Graf, Erziehungsdirektorin des Kantons Genf, zu ihrer neuen Präsidentin für die Jahre 2003 und 2004 mit Amtsantritt am 1. April

2003. Vom 1. Januar bis zum 31. März 2003 nimmt Regierungsrat Ernst Buschor, Bildungsdirektor des Kantons Zürich, diese Funktion wahr, da Frau Brunshawig Graf bis zu den Genfer Staatsratswahlen durch die stellvertretende Leitung eines zweiten Departements doppelt belastet ist.²

Zum Vizepräsidenten für die Jahre 2003 und 2004 wurde Staatssekretär Charles Kleiber gewählt.

1.12 Verschiedenes

Gesetzgebung psychologische Berufe

Nachdem die Psychologieberufe infolge der Vernehmlassungsergebnisse bereits 1997 aus dem Vorentwurf zum Medizinalberufegesetz herausgelöst worden waren, musste die Erarbeitung eines separaten Gesetzesentwurfs an die Hand genommen werden. Ende 2001 nahm eine Arbeitsgruppe die Arbeit an einem Vorentwurf zum Psychologieberufegesetz auf. Der Generalsekretär der SUK hatte darin Einsitz. Die Arbeitsgruppe beendete ihr Mandat am 11. Dezember des Berichtsjahres mit der Verabschiedung des Vorentwurfs und eines Begleitberichts zu Händen des Bundesamtes für Gesundheit.

² Frau Brunshawig Graf hat die Präsidentschaft der SUK nicht angetreten, da sie auf den 21. März 2003 vom Erziehungsdepartement des Kantons Genf ins Finanzdepartement überwechselte.

Rechtsgutachten zur Richtlinienkompetenz

Die SUK kann gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. e und f UFG Richtlinien für die Bewertung von Lehre und Forschung und zur Umsetzung des Wissens im Forschungsbereich erlassen. Ein von der SUK im Sommer des Berichtsjahres bei Prof. Dr. iur. Paul Richli (Universität Luzern) in Auftrag gegebenes Gutachten kam zum Schluss, dass sich der Inhalt der Richtlinien nur auf jene Bereiche erstrecken darf, in denen Bund und Kantone über parallele Kompetenzen verfügen. Die der SUK zugewiesenen Kompetenzen dürfen insbesondere nicht so ausgelegt werden, dass es faktisch zu einer Kompetenzverschiebung zwischen Bund und Kantonen kommt.

Die SUK-Richtlinien sind verbindliche Anordnungen, die sich an die Vereinbarungspartner, d.h. an die Universitätskantone und den Bund richten. Diese werden verpflichtet, ihr internes Recht nach den Bestimmungen der Richtlinie zu gestalten. Nebst der Kompetenzaufteilung im Hochschulbereich müssen die SUK-Richtlinien auch die Autonomie der Universitäten berücksichtigen und dürfen daher nur Rahmenbedingungen festlegen. Sie sollen im Sinne einer Zielverbindlichkeit Minimalstandards setzen, um die Herstellung einer vergleichbaren Politik in einem bestimmten Sachbereich zu erreichen. Folglich bezwecken SUK-Richtlinien primär die Koordination eines bestimmten Sachbereiches und nicht dessen Vereinheitlichung.

Zusammenarbeit mit weiteren Organen

Die SUK blickt auf ein weiteres Jahr konstruktiver Zusammenarbeit mit zahlreichen Organen der Hochschulpolitik und der Administration auf nationaler und auf regionaler Ebene zurück.

2 Tätigkeitsbericht der Lenkungsausschüsse und Kommissionen

2.1 Konferenz der Dienstchefs Hochschulwesen

An ihren drei Sitzungen hat die Konferenz der Dienstchefs Hochschulwesen die Hauptthemen der SUK vorbesprochen und einen intensiven Informationsaustausch gepflegt.

Im Vordergrund standen zwei Themenkreise. Einerseits wurden Diskussionen im Zusammenhang mit der Botschaft BFT 2004–2007 geführt, speziell fokussiert auf die Grundbeiträge und auf das zukünftige Verfahren für die Zusprache der Mittel im Rahmen der projektgebundenen Beiträge. Andererseits waren das Akkreditierungsverfahren des OAQ mit den entsprechenden Richtlinien sowie das beitragsrechtliche Anerkennungsverfahren zentrale Punkte der Auseinandersetzung. Zur Sprache kamen aber auch die Berechnung der Grundbeiträge in der laufenden Beitragsperiode, da der Kohäsionsfonds für die kleineren Universitäten zu rückläufigen Beiträgen für eine grössere Universität führte, sowie die Umsetzung der Erklärung von Bologna.

2.2 Lenkungsausschuss und Kommission Virtueller Campus Schweiz

Lenkungsausschuss Virtueller Campus Schweiz

Der Lenkungsausschuss Virtueller Campus Schweiz (Swiss Virtual Campus, SVC) hat im Jahr 2002 vier Sitzungen durchgeführt. Wichtige Themen waren die Finanzplanung, Überlegungen zur Sicherung der Nachhaltigkeit dieses Impulsprogramms und die Beratung des Konsolidierungsprogramms 2004–2007.

Die Durchführung des Programms verlief auch im Jahr 2002 nach Plan. Mit Ausnahme eines bereits abgeschlossenen Projekts stellten sich alle 50 Projekte im November in Bern mittels Online-Demonstrationen einer Zweierdelegation des Lenkungsausschusses vor. Jedes Projekt erhielt in der Folge eine kurze schriftliche Rückmeldung. Bei diesen Treffen stellte sich heraus, dass manche Projekte exzellent sind, während es bei anderen noch Probleme zu lösen gilt. Die als problematisch eingestufteten Projekte werden im Januar und Februar 2003 von einer Delegation des Lenkungsausschusses und/oder der Koordinationsstelle besucht. Bei keinem Projekt mussten einschneidende Massnahmen getroffen werden.

Die SUK beschloss am 5. Dezember, die eingereichten Gesuche um kostenneutrale Projektverlängerungen zu bewilligen. Die Verlängerungsanträge gingen

auf Verzögerungen bei Projektbeginn zurück, die ihrerseits in Schwierigkeiten bei der Rekrutierung des Personals sowie bei der Auswahl der E-Learning-Plattform begründet waren.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Website des SVC (www.swissvirtualcampus.ch) wurde im Berichtsjahr durch illustrierte Kurzpräsentationen aller 50 Projekte sowie durch einige Demonstrations-Module ergänzt, wozu kleinere Mandate im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ihren Beitrag leisteten. Der Präsident des Lenkungsausschusses und die Koordinatorin stellten das Bundesprogramm an verschiedenen Tagungen und Kongressen im In- und Ausland vor. Der Virtuelle Campus Schweiz war überdies am Medieninformationsanlass von BBW und BBT am 18. April beteiligt (siehe Kap. 4.2).

Die Swiss Virtual Campus Days vom 7./8. Mai in Lugano dienten hauptsächlich dem Erfahrungsaustausch unter den Projektteams. Um das Bundesprogramm Swiss Virtual Campus auch nach aussen hin darzustellen, wurden sechs SVC-Projekte mit Kurzvorträgen und Online-Demonstrationen während der Eröffnung der «5th International Conference for New Educational Environments» (ICNEE) am 9. Mai vorgestellt. Alle Teams hatten die Gelegenheit, ihr Projekt im Rahmen begleitender Postersessions der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Mit dieser Tagung und auch mit dem SVC-Seminar «Field Tests and Sustainability of SVC Projects» am

3./4. Dezember in Bern wurde die Kooperation über die Grenzen der einzelnen Projektteams hinweg im Sinne des Aufbaus einer «Swiss Virtual Campus Community» unterstützt.

Mandate

Die Mandatare für pädagogische Unterstützung und Evaluation organisierten im Jahr 2002 die ersten Seminare für die von ihnen betreuten Projekte:

- am 19. April ein Seminar mit Vorträgen international bekannter E-Learning-Spezialisten sowie mit Workshops für die Projekte der Deutschschweiz, organisiert durch das Team eQuality am Pädagogischen Institut der Universität Zürich, Abteilung Allgemeine Pädagogik;
- am 2. Oktober ein Seminar mit einem Vortrag eines ausländischen Reform-Pädagogen sowie mit Workshops für die Projekte der Romandie, organisiert durch das Team InterTICES der Einheit TECFA (Technologies de Formation et Apprentissage) der Faculté de Psychologie et des Sciences de l'Éducation der Universität Genf.

Im Jahr 2002 wurde die erste Serie von Projektbesuchen im Rahmen dieser Mandate abgeschlossen.

Die Inhaber des Mandats «Educational Management» haben unter anderem die Aufgabe, Empfehlungen für Institutionen auszuarbeiten, die SVC-Projekte in ihre Curricula aufnehmen. Das erste Seminar im Rahmen dieses Mandats war Teil des bereits erwähnten SVC-Seminars «Field Tests and Sustainability of SVC Projects».

Die Mitarbeitenden im Mandat Edutech haben sich im Jahr 2002 neben der Projektbetreuung bei der technischen Unterstützung der Website-Entwicklung sowie bei der Evaluation von E-Learning-Plattformen engagiert. Auch in die Entwicklung einer Autorisierungs- und Authentifizierungs-Infrastruktur (AAI) ist Edutech involviert.

Die folgenden Mandate wurden im Jahr 2002 vergeben:

- Multimediarecht: Expertise und Richtlinien, an die Firma Bär & Karrer, Zürich.
- SVC-AAI-Portal: Pilotprojekt der Phase 1 des AAI-Projekts von SWITCH.
- Biomed-Portal für die elf biomedizinischen Projekte des SVC: Pilotprojekt der Phase 2 des AAI-Projekts von SWITCH.

Programmkoordination

Die Geschäftsstelle des SVC wurde im Berichtsjahr erweitert. Zur Unterstützung der aktuellen Koordinatorin (100%) und ihrer Sekretariatsmitarbeiterin (70%) wurden zwei zusätzliche wissenschaftliche Stellen (zusammen 110%) besetzt.

Kommission Virtueller Campus Schweiz

Die Kommission Virtueller Campus Schweiz (CSVC), welche die Ausschreibung des Programms vorbereitet hatte, sichert heute die Verbindung mit den Hochschulleitungen, was die Politik des Programms und seine Anwendung betrifft. Sie hat auch die Aufgabe, bei der Umsetzung der Ergebnisse Hilfestellung zu leisten. Zu diesem Zweck wurde sie regelmässig über die Entwicklung des Programms und über die Aktivitäten des Lenkungsausschusses SVC informiert. Ihr Präsident beteiligt sich aktiv an den Arbeiten des Lenkungsausschusses und an der Begleitung der Projekte. Im übrigen nahmen mehrere Mitglieder an den im Rahmen des Programmes organisierten Veranstaltungen teil.

Die Kommission war eingeladen, die Resultate der Vernehmlassung zum Konsolidierungsprogramm für die Periode 2004–2007 zu diskutieren. Sie befasste sich vor allem mit Fragen der Konkretisierung der vorgesehenen Massnahmen zur Finanzierung und mit der zukünftigen Organisation des Virtuellen Campus. Als bedenklich wurde dabei die geringe Höhe des vorgesehenen Betrages für die Finanzierung neuer Projekte eingeschätzt, auch wenn er zur finanziellen Unterstützung für die professionellen Produktionsequipen hinzukommt. Die von der Verordnung zum UFG festgelegte Eigenleistung von 50% gehört ebenfalls zu den Sorgen mancher Hochschulen, denn sie wird als Hindernis für ein intensiveres Engagement bei der Realisierung der Programmziele beurteilt. Die Kommission hat sich positiv geäussert zu einer Zusammenarbeit mit der

Stiftung SWITCH. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass die Probleme mit dem finanziellen «Reporting» der Projekte, die in erster Linie auf die unterschiedlichen Finanzierungsquellen und auf die Vielzahl der Partner zurückzuführen sind, Gegenstand eines Meinungsaustausches in der Kommission waren und dass eine Vereinfachung des Verfahrens vom BBW akzeptiert wurde.

Schliesslich wurde der Kommissionspräsident vom Lenkungsausschuss beauftragt, ein informelles «Advisory Committee» zu bilden: Ein Forum für die Diskussion gewisser Punkte mit den «Basisakteuren» und für die Ausarbeitung von Stellungnahmen oder Vorschlägen zuhanden des Lenkungsausschusses oder der Kommission. Das Komitee befürwortete die Suche nach einer finanziell vorteilhaften Lösung für die Plattformen durch Edutech, eine eigene Rechtspersönlichkeit für den SVC (wenn möglich via SWITCH) und für die Zukunft die Einsetzung eines wissenschaftlichen Beirats.

2.3 Lenkungsausschuss Chancengleichheit

Im Berichtsjahr führte der Lenkungsausschuss Chancengleichheit vier Sitzungen durch. Die dritte und letzte Projektausschreibung in den Modulen 2 «Mentoring» und 3 «Kinderbetreuung» konnte gemäss Ausführungsplan abgeschlossen werden. Damit wurden seit Programmbeginn insgesamt 43 Projekte im Bereich Chancengleichheit von der SUK bewilligt.

Mentoring und Kinderbetreuung

Im Februar wurden aufgrund der bereits im Dezember 2001 gutgeheissenen Mentoring-Projektskizzen zwölf Projekte eingereicht; sieben davon waren Fortsetzungen von bereits erfolgreich angelaufenen Mentoringprojekten. Auf Antrag des Lenkungsausschusses genehmigte die SUK die finanzielle Unterstützung aller eingereichten Projekte mit einer Summe von total Fr. 800'000.–.

Im Modul 3 «Kinderbetreuung» wurde die dritte und letzte Runde im Januar ausgeschrieben. Auf Antrag des Lenkungsausschusses bewilligte die SUK alle drei eingereichten Projekte und stellte dafür insgesamt rund Fr. 300'000.– zur Verfügung.

Wie im Ausführungsplan vorgesehen, wurden im Berichtsjahr für die Module 2 und 3 fixe Sockel- und variable Grundbeiträge ausgerichtet. Für das Modul 2 «Mentoring» wurden pro Universität ein Sockelbeitrag von Fr. 20'000.– und Grundbeiträge von total Fr. 300'000.– an die Universitäten verteilt. Die Höhe der Grundbeiträge richtet sich nach der Zahl von an Frauen verliehenen Erstabschlüssen und Doktoraten. Nach dem gleichen Verteilschlüssel wurden Fr. 700'000.– als Grundbeiträge im Modul 3 «Kinderbetreuung» an die Universitäten ausgerichtet. Hinzu kam ein Sockelbeitrag von Fr. 30'000.– pro Universität.

Anreizsystem

Auch dieses Jahr wurden im Modul 1 erneut Fr. 1'350'000.– an die Universitäten verteilt, die im Zeitraum vom 1.9.01 bis 31.8.02 ordentliche und ausserordentliche Professorinnen neu angestellt hatten. Gesamtschweizerisch wurden auf dieser Stufe im akademischen Jahr 2001/02 insgesamt 23 Frauen berufen. Damit wurden in den ersten drei Jahren seit Anlaufen des Bundesprogrammes an den Universitäten 67 Professorinnen neu eingestellt. Das sind knapp 19 Prozent aller Neuberufungen in diesem Zeitraum.

Im Oktober fand an der Universität Freiburg ein von der Programmkoordinatorin und von der KOFRAH-Präsidentin organisiertes Symposium statt, das sich mit der Frage befasste, ob Anreizsysteme verfassungskonform, opportun und nützlich seien. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Genf hatte das ihr im ersten Jahr zugesprochene Geld für die Anstellung von Professorinnen zurückgewiesen und an den Lenkungsausschuss den Wunsch gerichtet, ein Symposium zur Verfassungsmässigkeit von Anreizsystemen durchzuführen. Die Vorträge des gut besuchten Symposiums werden als Tagungsband im Sommer 2003 im eFeF-Verlag erscheinen.

Reporting und Evaluation

Das vom BBW verlangte Reporting über die im Jahr 2001 ausbezahlten projektgebundenen Beiträge

gab detailliert Auskunft darüber, welche Massnahmen die Universitäten mit den projektgebundenen Beiträgen im Bereich Chancengleichheit ergriffen haben. Auch der Stand der Projekte konnte präzise erfasst werden. Der aufgrund des Reportings verfasste Controllingbericht des BBW hielt fest, dass die Massnahmen erfolgreich angelaufen sind. Das mandatierte Evaluationsteam hatte – ebenfalls anhand der Reportingunterlagen – dem Lenkungsausschuss im Frühling einen Zwischenbericht und einen Evaluationsplan vorgelegt. Der Lenkungsausschuss stimmte dem mit einer ExpertInnen-Gruppe abgesprochenen Plan zu. Die Evaluation des Bundesprogrammes ist inzwischen angelaufen und wird Ende 2003 abgeschlossen sein.

Besuche, Tagungen und Öffentlichkeitsarbeit

Die Präsidentin des Lenkungsausschusses und/oder die Koordinatorin besuchten im Sommer alle Universitäten. Im Gespräch mit den Universitätsleitungen und den Leiterinnen der Gleichstellungsabteilungen konnten offene Fragen geklärt und, wo nötig, Lösungen gefunden werden. Die Besuche waren für beide Seiten informativ und ergiebig.

Im Herbst organisierte die Koordinatorin eine erste Tagung für alle Projektleitenden, die auf grosses Interesse stiess. Die Projektleitenden konnten ihre Projekte vorstellen und in Workshops ihre Erfahrungen austauschen. Die Veranstaltung soll 2003 erneut durchgeführt werden.

Die Öffentlichkeit wird regelmässig über den Stand des Programms informiert. Aktuelle Ergebnisse und Informationen finden sich auf der Homepage der SUK. Das Bundesprogramm Chancengleichheit war überdies am Medieninformationsanlass von BBW und BBT am 18. April beteiligt (siehe Kap. 4.2).

Schliesslich wurde das Programm von der Präsidentin des Lenkungsausschusses und von der Koordinatorin an verschiedenen Tagungen und Kongressen im In- und Ausland vorgestellt. Eine Broschüre, die ausführlich über die bisherigen Ergebnisse des Programms und über alle Projekte orientiert, erscheint im Januar 2003.

Zukunft

Die Ende November vom Bundesrat verabschiedete neue Botschaft BFT 2004–2007 sieht eine Weiterführung des Bundesprogrammes Chancengleichheit in der bisherigen Form vor. Für die Module «Anreizprämie», «Mentoring» und «Kinderbetreuung» sollen in der neuen Periode insgesamt 20 Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden.

2.4 Lenkungsausschuss Kostenrechnung

Während des Berichtsjahres hat sich der Lenkungsausschuss «Kostenrechnung» sechs Mal zu einer Sitzung getroffen. Zusätzlich wurden diverse ad hoc Arbeitsgruppen mit der Vorbereitung gewisser technischer Dossiers betraut.

«Reporting» und Zwischenbericht

Die Arbeiten am «Reporting 2001» und am Zwischenbericht wurden parallel geführt. In der Zusammenfassung der Reportings zuhanden des BBW hob der Lenkungsausschuss hervor, dass die Personalrekrutierungsschwierigkeiten beim Anlaufen des Projekts Auswirkungen bis ins Jahr 2001 hatten: Es konnten nicht alle bewilligten Mittel aufgebraucht werden, und die Projektentwicklung weist einen gewissen Verzug auf. Die Zwischenziele wurden dennoch in den meisten Fällen erreicht, und die Einführung der Kostenrechnung sollte in der vorgesehenen Frist erfolgen können. Daher empfahl der Lenkungsausschuss, sich an den bestehenden Finanzplan zu halten.

Der Zwischenbericht hatte den Anforderungen des Bundesbeschlusses vom 27. September 1999 über die projektgebundenen Beiträge in den Jahren 2000–2003 zu genügen und sollte dem Lenkungsausschuss eine bessere Begleitung der Projektentwicklungen ermöglichen. Zuhanden der Universitäten wurde ein Schema vorbereitet, das auch die Grundlage für die Erarbeitung des Syntheseberichts darstellte.

Der an das BBW übermittelte Bericht gibt zur Halbzeit Auskunft über den Stand der Umsetzung des Projekts. Die Kostenstellenrechnungen sind an den meisten Universitäten bereit und teilweise sogar schon aktiv. Die Erfassung der Tätigkeitsanteile ist in Bearbeitung; für das Jahr 2002 waren mehrere Pilotprojekte geplant. Die Umsetzung der im Len-

kungsausschuss ausgearbeiteten Matrix für den Leistungstransfer wird als ziemlich aufwendig beurteilt. An den meisten Universitäten sind Raumdatenbanken vorhanden oder im Aufbau begriffen. Die Umlage der Zentralbereichskosten sollte nach der Vorgabe des Lenkungsausschusses durchgeführt werden. Das Herzstück der eingesetzten EDV-Systeme ist ausser an den Universitäten Bern, Luzern und der Università della Svizzera Italiana SAP.

Adaptation und Umsetzung des Modells

Im Rahmen der Arbeiten für eine harmonisierte Umsetzung des Kostenrechnungsmodells hat sich der Lenkungsausschuss insbesondere der folgenden Fragen angenommen:

- **Raumkosten:** Das Dokument der Fachstelle für Hochschulbauten über die Kosten der Hauptnutzflächen wurde von einer Arbeitsgruppe geprüft. In demselben Zusammenhang wurden auch Fragen betreffend Bundesbeiträge, Mieten und Abschreibungen diskutiert.
- **Beschäftigungsgrad:** Die Probleme mit der Anwendung des 2001 ausgearbeiteten Handbuchs erforderten mehrere Sitzungen der Arbeitsgruppe, die dem Lenkungsausschuss verschiedene Empfehlungen unterbreiteten. Von den diskutierten Aspekten sind vor allem zu erwähnen der Erfassungszeitraum, die Personalgruppen, Beschäftigungsgrad und Beschäftigungsdauer, die Finanzierungsquelle, die Umsetzung der Erklä-

rung von Bologna und die Frage der Dienstleistungen. Eine «Kurzübersicht für die Erfassung der Tätigkeitsanteile für alle Personalkategorien» wurde in Zusammenarbeit mit dem BFS in Form eines Schemas ausgearbeitet und als Anhang in das Kostenrechnungsmodell integriert.

- **Weitere Fragen:** Der Lenkungsausschuss brachte für die Umsetzung des Modells verschiedene Präzisierungen an, die sich auf Fragen wie die Deckungsbeitragsrechnung, die Erlöse und die Problematik der Drittmittel bezogen. Er befasst sich auch mit der Präsentation der Ergebnisse im Rahmen der Publikationen des BFS und mit dem Zeitplan der Datenlieferung.

Klassifikation CITE

Auf Wunsch der SUK untersuchte der Lenkungsausschuss die Auswirkungen der eventuellen Einführung der Klassifikation CITE («Classification internationale type de l'éducation») auf die Kostenrechnung. Zu diesem Zweck führte er bei den Hochschulen eine Umfrage durch. Einige von ihnen sind der Meinung, dass der Wechsel zu CITE eine deutliche Verzögerung in den Arbeiten der Kostenrechnung zur Folge hätte. Der Lenkungsausschuss empfahl der SUK die Überprüfung einzelner Punkte vor einer definitiven Beschlussfassung.

Mandate

Um die Verbindung mit den Mandaten «Hochschulfinanzierung» und «Einführung eines Systems von Bildungsindikatoren» sicherzustellen, nahm der Präsident des Lenkungsausschusses als Gast an den Arbeiten der beiden Kommissionen teil, deren Auftrag die Begleitung dieser Mandate ist. Ausserdem stellte der Mandatar der Studie «Kosten des Medizinstudiums in der Schweiz» dem Lenkungsausschuss das Projekt vor. Die SUK erteilte dem Lenkungsausschuss den Auftrag zu überprüfen, inwieweit die Resultate dieser Studie in die Kostenrechnung integriert werden könnten.

Erste Ergebnisse

Die SUK hat das Kostenrechnungsmodell gemäss den Bestimmungen des Ausführungsplans validiert. Die Anpassungen und Empfehlungen des Lenkungsausschusses wurden integriert. Die SUK bestätigte den festgelegten Zeitplan und bat die Universitäten, dem Bundesamt für Statistik bis Ende August 2003 die Ergebnisse der Kostenrechnung 2002 zu liefern.

2.5 Lenkungsausschuss Konsortium der Hochschulbibliotheken

Der Lenkungsausschuss des Konsortiums traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen, das erweiterte Präsidium zu weiteren drei. Das Konsortium der

Schweizer Hochschulbibliotheken ist in Forschung und Lehre mittlerweile als feste Einrichtung bekannt und akzeptiert. Dokumentiert wird diese Tatsache u.a. dadurch, dass das durch das Konsortium bereitgestellte Dienstleistungsangebot sowohl von Benutzerinnen und Benutzern als auch von den Hochschulbibliotheken intensiv genutzt wird.

Der Schwerpunkt bei der kooperativen, gesamtschweizerischen Lizenzierung von elektronischen Informationsprodukten lag im Berichtsjahr abermals auf dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Angebote, wobei sich die Bemühungen in erster Linie auf die elektronischen Zeitschriften konzentrierten. Bis zum Jahresende konnten die Benutzerinnen und Benutzer an den kantonalen Universitäten, im ETH-Bereich, an den Fachhochschulen sowie an der Landesbibliothek rund 3'100 Titel von neun wissenschaftlichen Verlagen vom eigenen Arbeitsplatz aus abrufen. Zu dieser Zahl hinzuzurechnen sind weitere 190 Titel von JSTOR (Journal STORage). Letzteres Angebot an retrospektiv digitalisierten Zeitschriften vorwiegend aus den Bereichen Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften konnte dank zusätzlich bewilligter Mittel im Berichtsjahr an den kantonalen Universitäten neu eingeführt werden.

Auch das Angebot an Datenbanken und Nachschlagewerken aller Fachgebiete erfuhr eine nochmalige Erweiterung, so dass zum Ende des Berichtsjahres insgesamt 34 Produkte unter Vertrag waren. Damit konnten nun bis auf wenige Titel die von den

Bibliotheken im Rahmen des Detailkonzeptes aus dem Jahr 1999 vorgeschlagenen Datenbanken lizenziert werden.

Um die Bedürfnisse hinsichtlich neuer Produkte abzuklären, wurden von der Geschäftsstelle im Sommer und Herbst bei den Ansprechpersonen der einzelnen Teilnehmerbibliotheken erneut Umfragen durchgeführt. Diese haben ergeben, dass neben dem Interesse für Zeitschriften auch der Wunsch vorhanden ist, Zugriff auf elektronische Bücher zu erhalten. Eine erste Kollektion dieses neuen Mediums wurde bereits getestet und soll im Jahr 2003 erstmals ins Angebot aufgenommen werden.

Die Nutzung des elektronischen Informationsangebotes

Mit Hilfe der Analyse von Nutzungszahlen elektronischer Angebote können prinzipiell Rückschlüsse auf das Benutzerverhalten gewonnen werden; darüber hinaus bilden diese Auswertungen die Grundlagen für die Optimierung der Informationsversorgung für das gesamte Konsortium, aber auch für die einzelnen Konsortialpartner. Die Geschäftsstelle ist zuständig für das zentrale Sammeln, Auswerten, Aufbereiten und Präsentieren aller zugänglichen Nutzungszahlen. Darüber hinaus werden im Schweizer Konsortium die Nutzungsdaten auch als Indikatoren für die Verteilung der Lizenzgebühren unter den Teilnehmerbibliotheken herangezogen.

Erst für wenige im Konsortium lizenzierte Produkte liegen die Nutzungszahlen über einen längeren Zeitraum vor. Dennoch lässt sich am Ende des Berichtsjahres feststellen, dass alle Produkte von der wissenschaftlichen Community gut oder sogar sehr gut genutzt werden und somit nachweisbar ein Bedarf nach den online abrufbaren Fachinformationen besteht.

Geschäftsstelle

Mit der Ausweitung des Produktangebotes haben sich die von der Geschäftsstelle zu erbringenden Dienstleistungen für den Abschluss der Konsortialverträge kontinuierlich ausgeweitet. In gleichem Masse haben hierbei auch die Anfragen hinsichtlich inhaltlicher und technischer Probleme von Seiten der Partnerbibliotheken zugenommen. Aus diesem Grund musste der Personalbestand der Geschäftsstelle im Herbst des Berichtsjahres um eine zusätzliche Fachkraft (40%) ausgebaut werden. Für die Bearbeitung des neuen Projektes e-Archiving wurde darüber hinaus eine bis Ende 2003 befristete Vollzeitstelle geschaffen. Die Geschäftsstelle organisierte erneut Weiterbildungskurse für die Partnerbibliotheken. Das Konsortium der Hochschulbibliotheken war überdies am Medieninformationsanlass von BBW und BBT am 18. April beteiligt (siehe Kap. 4.2).

Im Frühjahr des Berichtsjahres konnte an der ETH-Bibliothek neben dem bereits installierten Server für die Produkte von SilverPlatter ein weiterer Ser-

ver für das nationale Konsortium in Betrieb genommen werden, über den die multidisziplinäre und für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in besonderer Weise relevante Datenbank *Web of Science* angeboten wird.

Sekundäre Konsortialpartner

Als sekundäre Konsortialpartner wurden im Berichtsjahr die sechs landwirtschaftlichen Forschungsanstalten des Bundes und das CERN ins Konsortium aufgenommen. Der Lenkungsausschuss möchte die Option aufrechterhalten, gegebenenfalls weitere Partner aufzunehmen und so die an der Geschäftsstelle aufgebauten Kompetenzen innerhalb der Schweiz einem grösseren Kreis zur Verfügung zu stellen.

Archivierung elektronischer Informationen

Um die zunehmend digital vorliegenden Informationen auch langfristig sichern und zugreifbar machen zu können, ist es für die Bibliotheken unumgänglich, neben den Printmedien auch digital vorliegende Informationen in die eigene Bestandserhaltung zu integrieren. Die zunehmende Digitalisierung wissenschaftlicher Informationen muss von der Entwicklung tragfähiger Konzepte zur Sicherung ihrer langfristigen Verfügbarkeit begleitet werden.

Der zu dieser Fragestellung eingereichte Antrag auf zusätzliche projektgebundene Beiträge 2002–2003

wurde im Herbst des Berichtsjahres von der SUK bewilligt. Für die Erarbeitung einer Gesamtstudie wurde daraufhin eine Spezialistin eingestellt, welche die Situation hinsichtlich der Bedürfnisse für das e-Archiving an den Schweizer Hochschulen abklären und für archivierungswürdige Objekte sinnvolle Selektionskriterien erarbeiten soll. Für die Umsetzung kooperativer, nationaler Aktivitäten in Richtung der Archivierung von elektronischen Informationen in der Beitragsperiode 2004–2007 soll die Studie darüber hinaus die technischen, rechtlichen und organisatorischen Aspekte abklären. Des Weiteren sollen mit der Umsetzung von ein bis zwei Pilotprojekten erste praktische Erfahrungen im eigenen Land gesammelt werden.

2.6 Fachstelle für Hochschulbauten

Die Fachstelle für Hochschulbauten (FHB) hat im Berichtsjahr drei Sitzungen abgehalten und eine kleine Arbeitsgruppe zur Berechnung der Raumkosten für das Kostenrechnungsmodell der universitären Institutionen eingesetzt.

Zu den Gesuchen der Universität Lausanne betreffend den Bau eines Grosshösraals und eines Gebäudes für das Informatikzentrum sowie der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Bern betreffend Neu- und Umbauten im Departement für klinische Studien konnte die FHB positiv Stellung nehmen. Der Entscheid über das Gesuch der Universität Zürich betreffend den Neubau der Kleintier-

klinik wurde zurückgestellt, bis eine überarbeitete Gesuchseingabe vorliegt. Ebenfalls noch in Bearbeitung ist ein Antrag der Universität Basel, Department Klinisch-Biologische Wissenschaften, betreffend Umbau und Sanierung von Labor- und Bürogebäuden.

Die FHB hat die im vorletzten Jahr verabschiedete Datenbank für die Verwaltung der Projektgutachten im Berichtsjahr übersetzt und ein Handbuch dazu erstellt, so dass die Datenbank künftig effizient genutzt werden kann.

Flächeninventar

Die FHB hat die siebte jährliche Aktualisierung des Flächeninventars der Hochschulbauten veranlasst. Dieses Dokument erfasst sämtliche Hauptnutzflächen, die den Schweizer Universitäten und den ETH zur Verfügung stehen, und dient unter anderem zur Bestimmung der Infrastrukturkosten in der Finanzstatistik des Bundesamtes für Statistik. Mit der Einführung der Kostenrechnung an den universitären Institutionen dürften diese Daten noch wichtiger werden. Die Gesamtfläche beträgt mehr als 1,4 Millionen Quadratmeter, wovon rund 91% Eigentum der Kantone oder des Bundes sind. Was die kantonalen Universitäten betrifft, so wurden diese bedeutenden Investitionen von den Universitätskantonen mit Hilfe der Investitionsbeiträge des Bundes realisiert. Die Publikation steht kurz vor der Veröffentlichung.

Raumkosten

Eine weitere wichtige Aufgabe der FHB war die Ausarbeitung einer Methode zur Berechnung des Kostenansatzes für die Raumkosten im Rahmen des Kostenrechnungsmodells für universitäre Institutionen. Die Institutionen sind zu einem grossen Teil in Gebäuden untergebracht, die im Besitz der Hochschulträger sind. Diese verrechnen den Universitäten in der Regel keine Miete. Der Kostenansatz entspricht dem Preis für gebrauchsfertig eingerichtete Räume.

3 Arbeitsgruppen

Zur Begleitung mehrerer Mandate der SUK im Rahmen der projektgebundenen Beiträge und insbesondere der Kooperationsprojekte wurden verschiedene Arbeitsgruppen eingesetzt.

3.1 Kosten des Medizinstudiums in der Schweiz

Im Dezember 2001 hatten die SUK und das Bundesamt für Statistik (BFS) gemeinsam Herrn Markus Spinatsch mit der Durchführung einer Zusatzstudie über die Kosten des Medizinstudiums in der Schweiz bis zum Staatsexamen beauftragt. Die Studie sollte ausserdem Auskunft geben über den Teil der Kosten, der die Vergütungen für die Ausbildung der Medizinstudierenden gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV) bestimmt, d.h. die Kosten, die von den Kantonen übernommen werden.

Die Arbeit wurde von einer Steuerungsgruppe geleitet, die sich aus Vertretungen der Auftraggeber und der Auftragnehmer zusammensetzte. Die Studie wurde in mehreren Schritten realisiert:

- Entwicklung des Berechnungskonzeptes;
- Durchführung von zwei Workshops mit Betroffenen und Interessierten zur Klärung von offenen Fragen;

- Berechnung der Ausbildungskosten für die einzelnen Kantone und der durchschnittlichen Ausbildungskosten für die Schweiz;
- Verifizierung der Berechnungsmodelle und der verwendeten Daten durch die Betroffenen;
- Durchführung einer Abschlusstagung mit Stellungnahmen und Diskussion der Betroffenen.

Die SUK hat den Bericht «Kosten des Medizinstudiums in der Schweiz» an ihrer Sitzung vom 5. Dezember zur Kenntnis genommen. Sie genehmigte die Publikation durch das BFS und ergriff Massnahmen im Hinblick auf die Folgearbeiten.

Ergebnisse

Die Antworten der Studie auf die gestellten Fragen sind in der untenstehenden Tabelle zusammengefasst. So kostet das Medizinstudium (Lehre und Forschung) durchschnittlich Fr. 78'700.– im Jahr für die Vorklinik und Fr. 91'100.– für die Klinik. Davon sind Fr. 60'000.– für die Vorklinik und Fr. 69'000.– für die Klinik IUV-relevant.

Obwohl der Bericht die Frucht grosser Arbeit ist, konnte die Studie zwei bedeutende Informationslücken nicht füllen: einerseits sind die Daten des BFS über die Ausgaben der Spitäler für Lehre und Forschung zum Teil qualitativ ungenügend und nicht mehr aktuell, andererseits bleibt die Abgrenzung

der Aktivitäten und der Finanzierung zwischen Universitäten und Spitälern unklar.

Trotz dieser Vorbehalte können die Kosten, die sich aus der Studie ergeben, auf globaler Ebene als plausible Kennwerte betrachtet werden (vgl. Tabelle). Eine wichtige Schlussfolgerung ist daher zulässig: Die IUV-Beiträge, die für das Medizinstudium bezahlt werden (Fr. 23'000.– für die Vorklinik und Fr. 46'000.– für die Klinik) sind nicht zu hoch. Dies gilt umso mehr, als die Kosten mit der in den letzten Jahren unternommenen Studienreform, die das problemorientierte Lernen einführt und einen

grösseren Teil der Ausbildung am Krankenbett vorsieht, voraussichtlich noch ansteigen werden.

Weiteres Vorgehen

Die SUK lässt nun prüfen, bis zu welchem Grad die Ergebnisse der Studie in die Kostenrechnung integriert werden können, die sich an den Universitäten in Vorbereitung befindet. Sie verlangte überdies, die Möglichkeit der Ausarbeitung eines einheitlichen Systems für die Berechnung der Vergütungen an die Spitäler zu studieren. Die SUK ist nicht für

Kosten des Medizinstudiums pro Jahr (Referenzjahr 1999, Aufwendungen bis Staatsexamen berücksichtigt)

<i>Lehre und 100% Forschung (gerundet auf 1'000 Fr.)</i>				
Humanmedizin	Gesamtkosten		IUV-relevante Kosten	
	Vorklinik	Klinik	Vorklinik	Klinik
Basel	85'000	49'000	67'000	38'000
Bern	101'000	108'000	80'000	79'000
Genf	72'000	174'000	47'000	130'000
Waadt	82'000	56'000	57'000	44'000
Zürich	66'000	74'000	54'000	58'000
Schweiz*	79'000	91'000	60'000	69'000

* Der gesamtschweizerische Durchschnitt berechnet sich mittels Gewichtung der Studierendenzahl jeder einzelnen Universität

die Durchführung weiterer Vertiefungsstudien, möchte aber auf der Grundlage plausibler Daten nach einer Lösung auf dem Weg einer Vereinbarung zwischen den Trägern der verschiedenen Bereiche von Bildung, Forschung und Gesundheitswesen suchen. Längerfristig sollten die Kosten von Lehre und Forschung aus der Hochschulfinanzstatistik und aus der Krankenhausstatistik ermittelt werden können.

3.2 Hochschulfinanzierung

Ebenfalls im Dezember 2001 hatte die SUK die Durchführung einer Studie über die Finanzierung der Hochschulen beschlossen. Sie sollte die gegenwärtigen Finanzierungsmechanismen analysieren, andere mögliche Modelle präsentieren und gemeinsame Finanzierungsprinzipien entwickeln. Ein entsprechendes Mandat wurde an Herrn Stephan Bieri vergeben, und eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Ernst Buschor wurde eingesetzt, um die Arbeiten zu begleiten. Anlässlich der Jahrestagung im Juni konnten bereits drei Finanzierungsmodelle vorgestellt werden, nämlich

- die Input-orientierte Finanzierung, ausgehend von den effektiven Kosten
- eine Mischung von Input- und Output-Orientierung mit einer Grundfinanzierung nach Standardkosten
- die Output-Orientierung und strategische Ausrichtung mit einem gemeinsamen Fonds als «Handlungsreserve».

Jedes Modell beruht auf verschiedenen Arten von Anreizen, deren Auswirkungen ebenfalls unterschiedlich sind. Sie müssen einerseits die Autonomie der Hochschulen stützen und den Trägerschaften die freie Gestaltung des Portfolios gewährleisten, andererseits durch subsidiäre Finanzierungsbeiträge des Bundes eine verbesserte Grundfinanzierung ermöglichen.

Die Diskussionen zeigten auf, dass die Erhöhung der finanziellen Mittel allein nicht ausreicht, um die Zukunft der Universitäten und ihrer Reformprojekte zu garantieren; die Einführung neuer Finanzierungsmechanismen ist ebenso entscheidend.

Im Dezember wurde der SUK der Schlussbericht präsentiert, der die Vor- und Nachteile der einzelnen Modelle darstellt. Die SUK beschloss, die Ergebnisse der Studie bei den zukünftigen Diskussionen zwischen Bund und Kantonen über den «Masterplan» im Bildungsbereich und über einen allfälligen neuen Verfassungsartikel wieder aufzugreifen.

3.3 Einführung von Bildungsindikatoren

Die SUK hat im Grundsatz die Schaffung eines Systems von Bildungsindikatoren für die Schweizer Hochschulen gutgeheissen. Zu diesem Zweck hat sie eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Ernst Buschor eingesetzt. Diese hat den Auftrag, zu Handen der SUK einen Indikatorenkatalog zu

definieren und die allfällige Umstellung auf eine neue, internationale Standards erfüllende Fächertypologie vorzubereiten («Classification Internationale Type de l'Education CITE»). Das Mandat wird in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik realisiert, das die Sekretariatsarbeiten übernommen hat. Auf Ende 2003 wird ein Bericht erwartet. Zur Vorbereitung der Indikatoren wurden vier Untergruppen konstituiert: Studien, Ressourcen, Kontext und Transition sowie Bibliometrie.

Die Einführung eines Indikatorensystems hat vor allem zum Ziel, die Transparenz sicherzustellen, die Führung der Hochschulen und des BFT-Systems zu unterstützen und die internationale Vergleichbarkeit zu verbessern.

3.4 Strategie für den Technologietransfer

Am Rande der hauptsächlich im Rahmen der projektgebundenen Beiträge finanzierten Arbeiten des Schweizerischen Netzwerks für Innovation hat die SUK einen Lenkungsausschuss eingesetzt, zusammengesetzt aus Vertretungen der betroffenen Organe und Kreise, um mit der Unterstützung eines professionellen externen Spezialisten verschiedene Modelle im Hinblick auf die Einführung einer gesamtschweizerischen Strategie für den Technologie-

transfer in der Schweiz zu studieren. Mit der Realisierung der Arbeiten wurde die Firma «COGIT, Strategie + Management» beauftragt.

Das Ziel der Studie ist es, einen Mechanismus für die Unterstützung der Hochschulen zu definieren. Damit soll ihnen ermöglicht werden, ihre Verpflichtung zur Verwertung des Wissens effizient zu erfüllen. Mit einer subsidiären Aktion des Bundes im Sinne eines Anstosses soll die Zusammenarbeit angeregt und die Fragmentierung verhindert werden. Insbesondere muss unter Berücksichtigung des bereits Geleisteten die Verantwortung der Hochschulen gestärkt werden. Der SUK und den Oberbehörden der Fachhochschulen sollen Szenarien präsentiert werden können, die sich in den erwähnten Rahmen einfügen.

Nach einer ersten Arbeitsphase, die hauptsächlich darin bestand, mittels zahlreicher Interviews die mit dem Technologietransfer der Hochschulen verbundenen Probleme zu identifizieren, wird die zweite Phase nun zum Ziel haben, diese Probleme zu analysieren und in einer Reihe von vier Workshops Lösungen zu suchen. Der Schlussbericht wird vor dem Sommer 2003 erwartet.

4 Öffentlichkeitsarbeit

4.1 Publikationen

- SUK-INFO Nr. 1–4/02 (d,f)
- Schweizerische Universitätskonferenz: Jahresbericht 2001 (d,f)
- Richtlinien für die Akkreditierung im universitären Hochschulbereich in der Schweiz (d,f,i,e)
- Faltblatt zum Bundesprogramm Chancengleichheit von Frau und Mann an Universitäten 2000–2003, Ausgabe 2002 (d,f,i)
- Faltblatt zum Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken (d,f,i)
- Fachstelle für Hochschulbauten: Flächeninventar der Schweizer Hochschulen, Stand 1.1.2001 (d/f)

4.2 Medieninformationsveranstaltung

«Investieren wir genug in den Denkplatz Schweiz? Bildung, Forschung, Technologie: Tour d’horizon und Perspektiven»

Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie organisierten im Berichtsjahr eine Medieninforma-

tionsveranstaltung als eine Art Zwischenbilanz zur Botschaft Bildung, Forschung und Technologie 2000–2003. In die Vorbereitungen wurden die in diesen Bereichen tätigen Institutionen, darunter die SUK, intensiv einbezogen.

Die Veranstaltung fand am 18. April im Kultur Casino Bern unter Beteiligung der Departementsvorsteherin des EDI und des Departementsvorstehers des EVD statt. Auf dem «Marktplatz», der für die Demonstration einzelner Projekte aufgebaut wurde, waren das Kooperationsprojekt «Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken» und die beiden Programme «Chancengleichheit von Frau und Mann an den Universitäten» und «Virtueller Campus Schweiz» mit je einem eigenen Stand vertreten. Neben der Präsentation mittels Poster, Informationsmaterialien und Onlinedemonstrationen standen Vertreterinnen und Vertreter der Programme für Gespräche zur Verfügung. In der Dokumentationsmappe wurden zusätzlich die Kooperationsprojekte «Vetsuisse» und «pharmacenter Uni Basel/ETH Zürich» vorgestellt.

5 Finanzen

5.1 Jahresrechnung 2002

Aufwand SUK	Budget 2002	Ausgaben 2002
Personalaufwand (Saläre, Personalversicherungen, Beiträge PKB)	835'000.-	892'084.95
Betriebsaufwand (Miete, Material, Telefon, Elektrizität, Spesen, Mobilier, Einrichtungen, EDV)	396'000.-	393'439.95
Projekte, Expertisen, Tagungen, Kommissionen (Projekte und Expertisen, SUK und Jahrestagung, FHB, Andere)	90'000.-	85'335.70
Öffentlichkeitsarbeit (Hochschulabsolventenunter- suchung, perspektiven, Schweizer Studienführer)	170'000.-	170'000.-
Verschiedenes	15'000.-	.-
TOTAL	1'506'000.-	1'540'860.60

Gesamtübersicht der Aufwendungen inkl. delegierte Aufgaben

Soll		Haben		Saldo
Aufwand SUK 2002	1'540'860.60	Beiträge Bund, Kantone 2002	2'465'000.-	
Beitrag an CRUS	959'000.-	Einnahmen und Rückerstattungen	49'436.50	
		Zinserträge Konto- korrente u. Bank	17'580.40	+32'156.30
Beiträge an VKHS	403'515.70	Beiträge Kantone an VKHS	447'973.-	+44'457.30
Campus	377'669.71	Campus	458'139.55	+80'469.84
Chancengleichheit	214'631.75	Chancengleichheit	327'232.30	+112'600.55
Kostenrechnung	139'418.30	Kostenrechnung	133'975.25	-5'443.05
Konsortium	352'098.44	Konsortium	352'477.20	+378.76
Guthaben Bund u. Kantone inkl. Zins KB	264'619.70			-264'619.70
	4'251'814.20		4'251'814.20	--

5.2 Bilanz per 31. Dezember 2002

Aktiven		Passiven		Saldo
Kasse	700.-	Überschuss Kantone 2002	11'932.20	
Kontokorrente SUK	26'472.35	Überschuss Bund 2002	11'932.15	-3'308.-
		Transitorische Passiven	1'133'308.-	+1'133'308.-
Kto Uni-Kantone bei BEKB	679'848.76	Guthaben Uni-Kantone	679'848.76	.-
Kto VKHS KB BE	153'600.05	Guthaben Kto VKHS KB BE	153'600.05	.-
Kto UBS Bankschliessfach	24.35	Guthaben Kto. UBS Bankschliessfach	24.35	.-
Kontokorrent Campus	576'248.16	Guthaben Campus 2002	126'248.16	-450'000.-
Kontokorrent Chancengleichheit	388'893.95	Guthaben Chancengleichheit 2002	138'893.95	-250'000.-
Kontokorrent Kostenrechnung	132'268.70	Guthaben Kostenrechnung 2002	2'268.70	-130'000.-
Kontokorrent Konsortium	305'229.15	Guthaben Konsortium 2002	5'229.15	-300'000.-
	2'263'285.47		2'263'285.47	.-

Der Versicherungswert des Inventars beträgt:

- Bewegliche Sachen 650'000.-
- Elektronische Anlagen 200'000.-

5.3 Budget 2003

	SUK
Personalaufwand (Saläre, Sozialabgaben, Beiträge an PKB)	1'055'000.-
Betriebsaufwand (Miete, Sachaufwand, Mobiliar, Apparate, EDV)	432'000.-
Projekte, Expertisen, Tagungen, Kommissionen und Arbeitsgruppen	70'000.-
Verschiedenes u. Unvorhergesehenes	15'000.-
<hr/>	
TOTAL BUDGET	1'572'000.-
./. Einnahmen durch Untermiete und Diverses	-50'000.-
<hr/>	
TOTAL BEITRÄGE	1'522'000.-

Aufteilung der Finanzierung 2003

Aufteilung der Finanzierung

2003

Einnahmen durch Untermiete und Diverses 50'000.-

A. Anteil Bund (50%) 761'000.-

B. Anteil der Universitätskantone
(unter Berücksichtigung
der Finanzkraft)

Zürich 101'467.-

Bern 67'644.-

Freiburg 67'643.-

Basel-Stadt 101'467.-

St. Gallen 84'556.-

Tessin 84'556.-

Waadt 84'556.-

Neuenburg 67'644.-

Genf 101'467.-

Total Universitätskantone (50%) 761'000.-

Total Beiträge Bund und Kantone 1'522'000.-

GESAMTTOTAL BUDGET 2003

1'572'000.-

6 Mitglieder der SUK, ihrer Lenkungsausschüsse und Kommissionen sowie des Generalsekretariats

Schweizerische Universitätskonferenz

Mitglieder:

Staatssekretär Dr. Charles Kleiber, Präsident
Regierungsrat Prof. Dr. Ernst Buschor, Vizepräsident
Regierungsrat Mario Annoni
Regierungsrätin Isabelle Chassot
Regierungsrat Dr. Christoph Eymann
Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling
Regierungsrat Gabriele Gendotti
Regierungsrätin Francine Jeanprêtre (bis 22.4.)
Regierungsrätin Anne-Catherine Lyon (ab 23.4.)
Regierungsrat Thierry Béguin
Regierungsrätin Martine Brunschwig Graf
Regierungsrat Kurt Zibung
Regierungsrat Rainer Huber
Prof. Dr. Francis Waldvogel

Ständiger Gast:

Regierungsrat Dr. Ulrich Fässler

Mit beratender Stimme:

Rektor Prof. Dr. Christoph Schäublin (bis 31.3.)
Rektor Prof. Dr. Jean-Marc Rapp (ab 1.4.)
Dr. h.c. Gerhard Schuwey
Eric Fumeaux
Dr. Nivardo Ischi, Generalsekretär

Generalsekretariat:

Jean-Marc Barras
Gerda Burkhard

*Sitzungen: 28. Februar, 4. April, 27. Juni,
26. September, 24. Oktober, 5. Dezember*

Konferenz der Dienstchefs Hochschulwesen

Mitglieder:

Dr. Nivardo Ischi, Präsident
Dr. Arthur Straessle
Jakob Locher
Barbara Vauthey Widmer
Joakim Rügger
Dr. Rolf Bereuter
Dr. Mauro Martinoni
Christian Pilloud
Jean-Daniel Perret
Eric Baier
Kuno Blum
Dr. Alexander Hofmann
Dr. Sebastian Brändli
Margrit Meier

Ständige Gäste:

Dr. Markus Hodel (bis 30.6.)
Dr. Karin Pauleweit (ab. 1.7.)

Generalsekretariat:

Jean-Marc Barras
Gerda Burkhard

Sitzungen: 8. März, 24. Mai, 20. September

Lenkungsausschuss Virtueller Campus Schweiz

Mitglieder:

Prof. Dr. Peter Stucki, Präsident
Prof. Dr. Maia Wentland Forte, Vizepräsidentin
Daniel Borel
Prof. Gordon Davies
Dr. Andreas Ninck
Prof. Dr. Thomas Ottmann
Dr. Fiorenzo Scaroni
Prof. Dr. Gerhard Schmitt

Ständige Gäste:

Prof. Bernard Levrat
Prof. Dr. Beat Hotz-Hart
Bettina Bamert

Generalsekretariat:

Dr. Nivardo Ischi
Jean-Marc Barras
Dr. Cornelia Rizek-Pfister
Maryline Maillard (ab 1.8.)

Sitzungen: 23. März, 7. Mai, 5. Juli, 29. November

Kommission Virtueller Campus Schweiz

Mitglieder:

Prof. Dr. Bernard Levrat, Präsident
Prof. Dr. Peter Abplanalp
Bettina Bamert
Daniel Boos
Prof. Dr. Bénézet Bujo
Prof. Dr. Pierre Dillenbourg (ab 1.11.)
Prof. Dr. Ulrich Druwe (ab 1.10.)
Prof. Dr. Udo Fries
Prof. Dr. Thomas Geiser
Dr. Christoph Grolimund
Prof. Dr. Rolf Jaggi
Prof. Dr. Annetrudi Kress (bis 30.9.)
PD Dr. David John Krieger
Brigitte Maier
Dr. Mauro Martinoni
Elaine McMurray (bis 31.10.)
Dr. Nicole Rege Colet
Prof. Dr. Michel Rousson
Prof. Dr. Walter Schaufelberger
Prof. Dr. Walter Wahli
Prof. Dr. Urs Würgler
Fritz Wüthrich

Ständige Gäste:

Dr. Jacques Monnard
Dr. Mathias Stauffacher
Prof. Dr. Peter Stucki
Dr. Cornelia Rizek-Pfister

Generalsekretariat:

Jean-Marc Barras

Sitzung: 8. April

Lenkungsausschuss Chancengleichheit

Mitglieder:

Prof. Dr. Katharina von Salis, Präsidentin
Barbara Balestra
Geneviève Billeter
PD Dr. Susanna Bliggenstorfer
Prof. Dr. Bénézet Bujo
Prof. Dr. Thomas Geiser
Ursula Thomet
Susan Killias
Barbara Lischetti
Barbara Müller
Christa Sonderegger
Guite Theurillat
Prof. Dr. Franziska Tschan Semmer

Ständige Gäste:

Bettina Bamert
Ursula Hirt

Generalsekretariat:

Maya Widmer, Vizepräsidentin
Gerda Burkhard
Nadja Hänni (ab 1.8.)

*Sitzungen: 11. März, 28. Mai, 30. Oktober,
3. Dezember*

Lenkungsausschuss Konsortium der Hochschulbibliotheken

Mitglieder:

Hannes Hug, Präsident
Gabrielle von Roten, Vize-Präsidentin
Prof. Dr. Stefan Höchli
Dr. Wolfram Neubauer
Werner Reinhardt
Hubert Villard
Prof. Dr. Jörg Winistörfer

Ständige Gäste:

Dr. Katharina Burkhard
Arlette Piguet
Silvia Studinger
Kurt Wechsler

Generalsekretariat:

Dr. Nivardo Ischi

Sitzungen: 24. April, 10. Dezember

*Sitzungen erweitertes Präsidium: 21. März,
25. Juni, 12. November*

Lenkungsausschuss Kostenrechnung

Mitglieder:

Elias Köchli, Präsident *
Bertold Walther, Vizepräsident *
Jean-Marc Barras *
Pierre Barraud
Dipl. Ing. Peter Bless
Jacques Bonnet
Philippe Gaillard *
Dr. Urs Hugentobler
Edi Lanker
Michele Morisoli
Fernand Python
Dr. Jürgen Rümmele
Dr. Mathias Stauffacher *
Silvia Studinger *
Werner Wobmann
Pierre Wyss
** Mitglied des Ausschusses*

Ständige Gäste:

Urs Dietrich
Dr. Nivardo Ischi

Sekretariat der Projektgruppe:

Agnes Aeschlimann (ab 1.7.)
Doris Leuenberger (bis 30.4.)
Bettina Marcolli (ab 1.7.)
Gerhard Tschantré
Cristina Varretta

*Sitzungen: 1. Februar, 12. April, 3. Juli, 16. August,
4. Oktober, 9. Dezember*

Fachstelle für Hochschulbauten

Mitglieder:

Markus Weibel, Präsident
Roland de Loriol
Charles Henri Lang
Werner Vetter
Heinrich Rüdlinger
Prof. Dr. Kurt W. Forster (bis 30.5.)
Peter Disch (ab 1.6.)
Jean-Pierre Mathez
Philippe Donner
Richard de Senarclens
Urs Zemp
Adrian Schwab
Heidi Müller-Wiederkehr
Fredy Swoboda
Bob Gysin
Maria Zurbuchen-Henz

Generalsekretariat:

Sibylle Angeli

Sitzungen: 5. März, 1. Oktober, 12. November

Generalsekretariat (Stand 31.12.2002)

Dr. Nivardo Ischi, Generalsekretär
Jean-Marc Barras, lic.rer.pol., stv. Generalsekretär
Sibylle Angeli
Gerda Burkhard, lic.phil. (80%)
Madeleine Dahri-Zbinden, lic.phil. (60%)
Claudia Just

Dem Generalsekretariat angegliederte, befristete Stellen aus projektgebundenen Beiträgen für die Koordination der Bundesprogramme Virtueller Campus Schweiz und Chancengleichheit:

Dr. Hans-Martin Bürki (30%)
Nadja Hänni
Maryline Maillard, lic. ès lettres (80%)
Dr. Cornelia Rizek-Pfister
Maya Widmer, lic.phil. (80%)

Anhang

Projektgebundene Beiträge 2000–2003 Finanzübersicht nach Projektarten

Stand 27. Januar 2003

Projektgebundene Beiträge	Total	2000 ausbezahlt	2001 ausbezahlt	2002 ausbezahlt	2003 verfügt	2004 verfügt	nach 2004 verfügt
SNI/RSI	7'300'000	2'000'000	1'300'000	2'000'000	2'000'000		
Virtueller Campus	29'144'281	2'407'630	8'511'995	9'851'922	8'372'734		
Chancengleichheit	14'628'106	3'236'551	4'048'489	4'544'449	2'798'617		
Nachwuchsförderung	26'457'495	13'184'489	13'273'006				
Innovations- und Kooperationsprojekte	72'230'200	3'750'000	11'151'451	20'381'497	20'396'364	12'193'288	4'357'600
Total	149'760'082	24'578'670	38'284'941	36'777'868	33'567'715	12'193'288	4'357'600

Projekte Virtueller Campus Schweiz

991002	The Virtual Nanoscience Laboratory («Nano-World») – A problem based co-operative learning environment on nanoscience
991009	Latinum Electronicum
991011	General chemistry for students enrolled in a life sciences curriculum
991015	Basics of Medical Statistics
991017	DOIT – Dermatology online with interactive technology
991018	SOMIT (Sport Organisation Management Interactive Teaching)
991019	e-Ducation in environmental management
991021	Corporate Finance
991023	Dealing with natural hazards – Network for educating and teaching in the inter- and transdisciplinary field of natural hazards and extension service
991024	Computers for Health – A Swiss Virtual Campus proposal of the five Swiss medical faculties for a Medical Informatics Course for medical and non-medical students
991025	Financial Markets
991028	Objective Earth, a Planet to Discover. 1 st year Earth Science Course
991031	European Law Online
991032	A Web-Based Training in Medical Embryology
991036	Do it your soil
991037	Methodological Education for the Social Sciences
991043	Virtual Telecommunications Laboratory Switzerland
991048	BioMedNet – Biomedical sciences teaching modules
991050	Basic course in Medicine and Pharmacology
991051	ART HISTORY, 1300–2000
991053	SWISSLING – A Swiss Network of Linguistics Courseware
991058	MACS: continuous education modules
2001-01	ViLoLa: a Virtual Logic Laboratory
2001-02	ALPECOLe Alpine ecology and environments
2001-05	Introduction to Systems Theory and Analysis for the Social Sciences

2001-08	TropEduWeb: web-based learning tools for Public and International Health and Epidemiology with special reference to Tropical Medicine
2001-13	Information Theory
2001-14	SUPPREM: Sustainability and Public or Private Management
2001-16	Antiquit@s – Ancient history learning project
2001-19	Design of a CAL package teaching students effective information retrieval strategies
2001-28	GITTA – Geographic Information Technology Training Alliance
2001-29	Immunology online: Basic and Clinical Immunology
2001-33	INTERSTRUCTURES – Interactive structural analysis by graphical methods
2001-36	OPESS: Operations Management, ERP- and SCM-Systems
2001-38	Marketing Online
2001-47	Family Law Online
2001-50	Basic and Clinical Pharmacology: A National Platform for Students in Medicine and Pharmacy
2001-52	A comprehensive Internet course on Alzheimer's disease and related disorders for medical students
2001-54	VIRTUAL SKILLS-LAB (VSL)
2001-56	Course of Pharmaceutical Chemistry in a Virtual Laboratory
2001-58	E-CID (an online laboratory for Spanish linguistics learning)
Mandat	Mandat Legal Issues I-III
Mandat	Mandat Pädagogische Unterstützung und Evaluation
Mandat	Mandat EDUTECH I-III
Mandat	Ausrichtung eines Schweizer Ausstellungsstandes im Forum Hochschule trifft Wirtschaft auf dem Fachkongress Learntec
Mandat	Mandat BBW «Verfügung»
Mandat	Mandat Kommunikationskonzept
Mandat	Mandat «Edutech Plus»
Mandat	Mandat «Learntec 02»

Mandat	Mandat «Educational Management»
Mandat	Mandat «Teilnahme an Learntec 2003»
Mandat	Mandat «Multimediarrecht»
Mandat	Mandat «Erweiterung des Mandates eQuality»
Mandat	Mandat «Edutech Plus – Erweiterung 1»
Mandat	Mandat SWITCH Pilot 1: Student Admission control Infrastructure for Projects of the Swiss Virtual Campus (AAI-Portal)
Mandat	Mandat «Evaluation Auswirkungen Sondermassnahmen Swiss Virtual Campus 2000–2003»
Mandat	Mandat SWITCH Pilot 2: A biomedical sciences portal on the Swiss Virtual Campus
Mandat	Mandat «Edutech Plus – Erweiterung 2»
Mandat	Mandat «Campus virtuel suisse au Salon de l'étudiant 2003 de Genève»

Projektgebundene Beiträge 2000–2003
Finanzübersicht nach Projekten

Virtueller Campus
Stand 27. Januar 2003

Projekte	Total 2000	2000 ausbe- zahlt	2001 ausbe- zahlt	2002 ausbe- zahlt	2003 verfügt
991002	430'000	117'500	210'000	102'500	
991009	1'169'900	205'400	370'300	388'300	205'900
991011	1'000'000	67'300	333'000	332'900	266'800
991015	905'420	138'513	307'762	322'153	136'992
991017	875'000	25'000	265'000	295'000	290'000
991018	500'000	56'900	166'000	166'000	111'100
991019	22'620	15'310	7'310		
991021	822'050	76'630	301'880	301'880	141'660
991023	390'000	62'800	159'500	107'100	60'600
991024	1'082'000	200'002	528'053	232'602	121'343
991025	610'000	94'500	301'200	214'300	
991028	1'050'000	92'370	381'950	320'730	254'950
991031	960'125	88'250	242'075	367'829	261'971
991032	600'000	69'153	274'342	220'418	36'087
991036	310'400	25'321	85'840	86'005	113'234
991037	1'200'000	92'896	383'764	406'265	317'075
991043	546'500	20'600	209'500	178'600	137'800
991048	790'000	237'000	249'000	229'000	75'000
991050	500'000	75'000	200'000	150'000	75'000
991051	544'880	65'766	178'666	178'666	121'782
991053	906'000	74'000	302'000	302'000	228'000
991058	40'000	7'000	21'000	12'000	
2001-01	682'000		65'000	303'500	313'500
2001-02	500'000		16'170	231'380	252'450
2001-05	399'800		129'400	145'900	124'500

Projekte	Total	2000 ausbe- zahlt	2001 ausbe- zahlt	2002 ausbe- zahlt	2003 verfügt
2001-08	300'000		68'000	123'500	108'500
2001-13	200'000		25'000	95'000	80'000
2001-14	900'000		289'500	318'000	292'500
2001-16	800'000		116'000	342'000	342'000
2001-19	100'000		34'000	33'000	33'000
2001-28	450'000		90'800	179'600	179'600
2001-29	649'997		224'999	212'999	211'999
2001-33	320'000		69'000	123'000	128'000
2001-36	250'000		55'000	97'500	97'500
2001-38	600'000		150'000	225'000	225'000
2001-47	550'000		328'300	181'220	40'480
2001-50	550'000		130'000	210'000	210'000
2001-52	400'000		50'000	165'000	185'000
2001-54	900'000		281'750	191'075	427'175
2001-56	400'000		83'000	142'000	175'000
2001-58	450'000		90'000	180'000	180'000
Mandat Legal Issues	44'774	40'200	4'574		
Mandat Pädagogik	1'000'000		200'000	400'000	400'000
Mandat EDUTECH	880'000	180'000	220'000	240'000	240'000
Mandat Learntec 01	45'000	45'000			
Mandat Verfügung	5'219	5'219			
Mandat Kommuni- kationskonzept	20'000		9'000	3'000	8'000
Mandat Edutech Plus	100'000			100'000	
Mandat Learntec 02	29'360		29'360		
Mandat Educational Management	175'000			100'000	75'000
Mandat Learntec 03	70'000			70'000	
Mandat Multimediarecht	60'000			20'000	40'000

Projekte	Total	2000 ausbe- zahlt	2001 ausbe- zahlt	2002 ausbe- zahlt	2003 verfügt
Mandat Erweiterung e-Quality	40'000			20'000	20'000
Mandat Erweiterung Edutech Plus 1	35'000			35'000	
Mandat AAI-Portal 1	87'996				87'996
Mandat Evaluation	258'240				258'240
Mandat AAI-Portal 2	160'000				160'000
Mandat Erweiterung Edutech Plus 2	35'000				35'000
Mandat Salon de l'étudiant 2003	37'000				37'000
Administration Campus	1'405'000	230'000	275'000	450'000	450'000
Total	29'144'281	2'407'630	8'511'995	9'851'922	8'372'734

Projekte Chancengleichheit

Anreizsystem

Bundesprogramm Chancengleichheit, Modul 1, Anreizsystem

Mentoring:

- Sockelbeitrag
- Grundbeitrag
- MA1P00/01
- MA1P00/02
- MA1P00/06
- MA1P00/08
- MA1P00/09
- MA1P00/10
- MA1P00/11
- MA1P00/13
- MA1P00/14
- MA1P00/15
- MA2P01/06
- MA2P01/10
- MA2P01/15
- MA2P01/16
- MA2P01/17
- MA2P01/18
- MA2P01/19
- MA2P01/20
- MA2P01/22
- MA2P01/23
- MA2E00/10

Mentoring Sockelbeitrag
Mentoring Grundbeitrag
Das Feld eröffnen
Rahmenprogramm für Mentees
Mentoring Réseau romand
Stages pour gymnasiennes
Développer le potentiel scientifique
E-Mentoring
KörperSinnE
Plattform Gender
Mentoring Werkstatt
Mentoring Deutschschweiz
Mentoring Réseau romand
E-Mentoring
Mentoring Deutschschweiz
Promotion des carrières des femmes à l'Université
Etudes genre
Physik ist mein Fach
Nachwuchsförderung Pflegewissenschaft
PRO-WISS
WoMentoring
Schnuppertag für Mittelschülerinnen
E-Mentoring

- MA3Po2/02 Kursprogramm für weibliche Nachwuchskräfte der Universität Bern
- MA3Po2/08 Rahmenprogramm für Mentees (Nachfolgeprojekt)
- MA3Po2/14 WINS – Women in Sciences and Technology (Nachfolgeprojekt)
- MA3Po2/16 Mentoring Werkstatt (Nachfolgeprojekt)
- MA3Po2/17 Mentorato per la promozione delle carriere delle donne all’Università (Nachfolgeprojekt)
- MA3Po2/20 Laboratoire interuniversitaire en études genre (LIEGE) (Nachfolgeprojekt)
- MA3Po2/25 «PRO-----WISS» Ein Rahmenprogramm für die professionelle Unterstützung der wissenschaftlichen Laufbahn von Frauen (Nachfolgeprojekt)
- MA3Po2/26 Femdat – die Schweizer Expertinnen-Datenbank (Nachfolgeprojekt)
- MA3Po2/27 Weiterbildungsprogramm für weibliche wissenschaftliche Nachwuchskräfte: Coaching und Laufbahnplanung
- MA3Po2/28 Aufbau eines Kurs- und Workshopangebotes
- MA3Po2/29 Mentoring Geografie
- MA3Po2/29 Karriereplanung für Frauen im Medizinstudium
- MA3Po2/30 Rahmenprogramm Mentoring – Kursangebot zur Förderung weiblicher Nachwuchskräfte der Universität Basel

Kinderbetreuung:

- Sockelbeitrag Kinderbetreuung Sockelbeitrag
- Grundbeitrag Kinderbetreuung Grundbeitrag
- SEA1P00/01 Erweiterung Universitätskinderkrippe Bern
- SEA1P00/03 Extension de la crèche de l’Université de Genève
- SEA1P00/05 Extension de l’offre de places nursery-garderie UNIL/EPFL
- SEA2P01/07 Erweiterung der Kinderkrippe der Universität Basel
- SEA2P01/08 Crèche de l’Université de Fribourg (réunie et agrandie)
- SEA2P01/10 Mise sur pied d’une crèche pour l’Université de Neuchâtel

- SEA2Po1/11 Aufbau eines Kinderbetreuungsangebotes an der Universität Luzern
- SEA2Po1/13 Sostegno finanziario per il collocamento in asili nido di figli di membri della comunità accademica dell'USI
- SEA3Po2/15 Elargissement des horaires des deux nursery-garderies sur le site des Hautes Ecoles de Lausanne (Université et EPFL)
- SEA3Po2/16 Ausbau der Krippenplätze am Standort Hochschule (Universität Zürich)
- SEA3Po2/17 Campus-Kinderkrippe, Ausbau des Kinderbetreuungsangebots an der Universität Luzern
- Mandat Evaluation Mandat Evaluation Programm Chancengleichheit

Projektgebundene Beiträge 2000–2003
Finanzübersicht nach Projekten

Chancengleichheit
Stand 27. Januar 2003

Projekte	Total	2000 ausbe- zahlt	2001 ausbe- zahlt	2002 ausbe- zahlt	2003 verfügt
Anreizsystem	4'050'000	1'350'000	1'350'000	1'350'000	
Mentoring Sockelbeitrag	700'000	200'000	200'000	200'000	100'000
Mentoring Grundbeitrag	1'299'999	400'000	400'000	299'999	200'000
Mentoring MA1Poo/01	68'800	16'100	20'100	32'600	
Mentoring MA1Poo/02	35'100	800	17'550	16'750	
Mentoring MA1Poo/06	112'721	14'545	55'694	42'482	
Mentoring MA1Poo/08	41'600	29'800	11'800		
Mentoring MA1Poo/09	240'000		120'000	120'000	
Mentoring MA1Poo/10	70'000	10'000	38'500	21'500	
Mentoring MA1Poo/11	6'500	250	6'250		
Mentoring MA1Poo/13	7'500	7'500			
Mentoring MA1Poo/14	196'000	5'556	95'222	95'222	
Mentoring MA1Poo/15	221'000	7'000	116'000	98'000	
Mentoring MA2Po1/06	115'000			46'000	69'000
Mentoring MA2Po1/10	65'000		5'000	35'000	25'000
Mentoring MA2Po1/15	180'400			55'300	125'100
Mentoring MA2Po1/16	89'000		44'500	44'500	
Mentoring MA2Po1/17	126'761		39'020	64'631	23'110
Mentoring MA2Po1/18	76'000		39'600	36'400	
Mentoring MA2Po1/19	145'000		29'166	70'000	45'834
Mentoring MA2Po1/20	129'500		39'167	68'500	21'833
Mentoring MA2Po1/22	35'000		11'500	23'500	
Mentoring MA2Po1/23	24'600		12'300	12'300	

Projekte	Total	2000 ausbe- zahlt	2001 ausbe- zahlt	2002 ausbe- zahlt	2003 verfügt
Mentoring MA2E00/10	20'000		4'000	8'000	8'000
Mentoring MA3Po2/02	50'300			9'350	40'950
Mentoring MA3Po2/08	46'000			24'000	22'000
Mentoring MA3Po2/14	144'500				144'500
Mentoring MA3Po2/16	48'050				48'050
Mentoring MA3Po2/17	114'500				114'500
Mentoring MA3Po2/20	83'000				83'000
Mentoring MA3Po2/25	122'295			31'000	91'295
Mentoring MA3Po2/26	21'900			8'220	13'680
Mentoring MA3Po2/27	27'000			9'000	18'000
Mentoring MA3Po2/28	51'680			24'940	26'740
Mentoring MA3Po2/29	15'800			7'900	7'900
Mentoring MA3Po2/30	74'975			27'325	47'650
Kinderbetreuung Sockelbeitrag	1'200'000	300'000	300'000	300'000	300'000
Kinderbetreuung Grundbeitrag	2'200'000	700'000	700'000	400'000	400'000
Kinderbetreuung SEA1P00/01	148'800		116'250	32'550	
Kinderbetreuung SEA1P00/03	191'240	60'000	65'620	65'620	
Kinderbetreuung SEA1P00/05	159'960	25'000	71'250	63'710	
Kinderbetreuung SEA2P01/07	135'000			67'500	67'500
Kinderbetreuung SEA2P01/08	165'950			100'000	65'950

Projekte	Total	2000 ausbe- zahlt	2001 ausbe- zahlt	2002 ausbe- zahlt	2003 verfügt
Kinderbetreuung SEA2Po1/10	157'800			78'900	78'900
Kinderbetreuung SEA2Po1/11	46'250			28'750	17'500
Kinderbetreuung SEA2Po1/13	95'000			47'500	47'500
Kinderbetreuung SEA3Po2/15	15'000			3'750	11'250
Kinderbetreuung SEA3Po2/16	208'875			95'000	113'875
Kinderbetreuung SEA3Po2/17	68'750			13'750	55'000
Mandat Evaluation Administration Chancen- gleichheit	230'000			115'000	115'000
	750'000	110'000	140'000	250'000	250'000
Total	14'628'106	3'236'551	4'048'489	4'544'449	2'798'617

Innovations- und Kooperationsprojekte

ZPhW	Zentrum für Pharmazeutische Wissenschaften Basel–Zürich
BENEFRI	Renforcement du réseau BENEFRI
Arc lémanique	Science, Vie, Société (Arc lémanique)
VETSUISSE	VETSUISSE
Transregio Konstanz–Zürich	Transregio-Sonderforschungsbereich Konstanz–Zürich: Graduierten-/Postgraduierten Ausbildung
ELTEM	ELTEM: EUCOR Learning and Teaching Mobility
LEA	Laboratoire européen associé dans le domaine de la microtechnique
Collaborazione dell’USI	Collaborazione dell’USI con le università lombarde
Gender Netzwerk Schweiz	Graduiertenkollegien Gender Netzwerk Schweiz
Netzwerk Public Health	Netzwerk Public Health
Heart Remodeling	Heart Remodeling in Health and Disease
Science et Cité	Festival Science et Cité
Kostenrechnung	Einführung der Kostenrechnung
Konsortium	Konsortium der Hochschulbibliotheken inkl. Ergänzungsantrag JSTOR und E-Archivierung
Gesundheitsökonomie	Réseau Economie de la Santé
Indikatorensystem	Indikatorensystem der Schweizerischen Hochschulen

Projektgebundene Beiträge 2000–2003
Finanzübersicht nach Projekten

Innovations- und Kooperationsprojekte
Stand 27. Januar 2003

Projekte	Total	2000 ausbe- zahlt	2001 ausbe- zahlt	2002 ausbe- zahlt	2003 verfügt	2004 verfügt	nach 2004 verfügt
ZPhW	1'080'000		270'000	270'000	270'000	270'000	
BENEFRI	9'693'000		1'553'500	2'954'500	2'824'000	2'361'000	
Arc lémanique	10'000'000		2'000'000	4'000'000	4'000'000		
VETSUISSE	6'074'000		456'000	892'000	883'000	854'000	2'989'000
Transregio							
Konstanz-Zürich	2'737'200				456'200	912'400	1'368'600
ELTEM	6'147'000		1'605'551	1'593'697	1'556'364	1'391'388	
LEA	1'500'000		125'000	500'000	500'000	375'000	
Collaborazione dell'USI	1'500'000		375'000	425'000	387'500	312'500	
Gender Netzwerk Schweiz	3'400'000			1'080'000	1'090'000	1'230'000	
Netzwerk Public Health	3'424'000			1'039'000	1'195'000	1'190'000	
Heart Remodeling	3'300'000			1'100'000	1'100'000	1'100'000	
Science et Cité	1'500'000	1'500'000					
Kostenrechnung	9'150'000	1'000'000	2'150'000	2'433'000	2'430'000	1'137'000	
Konsortium	9'645'000	1'250'000	2'616'400	3'114'300	2'664'300		
Gesundheits- ökonomie	2'980'000			880'000	1'040'000	1'060'000	
Indikatorensystem	100'000			100'000			
Total	72'230'200	3'750'000	11'151'451	20'381'497	20'396'364	12'193'288	4'357'600